

Gemeinde Martfeld

P r o t o k o l l

Sitzungsnummer: Ma/Rat/026/24

über die Sitzung des Rates am 29.02.2024

Beginn:	19:00 Uhr
Ende	21:21 Uhr
Ort:	Dorfgemeinschaftshaus Martfeld

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Michael Albers

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Verena Hruby
Herr Torsten Kirstein
Frau Ulrike Menke
Frau Marlies Plate
Herr Burckhard Radtke
Herr Rennig Söffker
Herr Hartmut Sturhann
Herr Torsten Tobeck
Herr Arne Wolters
Frau Krimhild Wulf

Verwaltung

Herr Bernd Bormann
Herr Hannes Homfeld
Frau Heinke Pohl

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Lemke
Herr Lars Masemann

Öffentlicher Teil

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Bürgermeister Michael Albers begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordentliche Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Bezug auf die Tagesordnung wurde in einem Vorgespräch erwägt die Tagesordnungspunkte 5 und 6, spricht das Thema Haushalt und Windkraft zu tauschen.

Der Rat der Gemeinde Martfeld stimmt einstimmig für die Änderung der Tagesordnung.

Punkt 2:

Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung vom 30.01.2024

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung vom 30.01.2024 wird einstimmig genehmigt.

Punkt 3:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen

Es liegen keine Beschlüsse aus nicht öffentlichen Sitzungen zur Bekanntgabe vor.

Punkt 4:

Einwohnerfragestunde

Punkt 4.1:

Windkraft

Herr Helmke aus Martfeld erkundigt sich, ob beim Tagesordnungspunkt 5 (Windkraft) gesondert die Möglichkeit besteht Fragen zu stellen.

Bürgermeister Michael Albers erklärt, dass zuletzt die Sitzungen für eine offenen Fragerunde unterbrochen wurde, jedoch dies in der heutigen Sitzung nicht geplant ist. Es besteht während der Einwohnerfragestunden die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Herr Harald Bormann geht davon aus, dass der Beschluss über die Satzung zur Aufhebung des B-Planes gefasst wird und der Bürgerwille nicht vom Gemeinderat vertreten wird. Bezüglich der Akzeptanzabgabe fragt Herr Harald Bormann, ob seitens der Gemeinde geprüft wurde wie die Windenergieanlagen (WEA) im Gebiet errichtet werden müssten, um von der höchstmöglichen Akzeptanzabgabe zu profitieren.

Daraufhin erklärt Herr Bernd Bormann, dass dies nicht geprüft wurde.

Auf die Nachfrage wo bzw. wie der Bürger Kenntnis erlangen kann, wenn der B-Plan nicht mehr besteht und nur noch ein Städtebaulicher Vertrag geschlossen wurde, erklärt Herr Bernd Bormann, dass der Inhalt des Städtebaulichen Vertrages in Teilen öffentlich vorgestellt wird, eine komplette Veröffentlichung jedoch nicht möglich sei.

Herr Stelter, welcher gebürtig aus der Gemeinde Martfeld stammt, fragt nach einem Grund warum jetzt eine Satzung aufgehoben wird und erklärt, dass seiner Meinung nach kein zwingender Grund zur Aufhebung des B-Planes ersichtlich ist.

Herr Bernd Bormann erklärt, dass es sich bei einem B-Plan um eine Satzung handelt. Die Gründe für die Aufhebung seien in den Stellungnahmen ersichtlich. Ohne die Aufhebung besteht keine Möglichkeit, um dem Konzept zur Errichtung von WEA Raum zu geben.

Da ein zwingender Grund zur Aufhebung dennoch nicht ersichtlich sei, spricht sich Herr Stelter für eine Angleichung des B-Planes aus. Er erwägt, im Falle einer Aufhebung, ein Normenkontrollverfahren in die Wege zu leiten.

Für Herrn Buck aus Martfeld sind die finanziellen Aspekte im Bezug auf das Thema Windkraft nicht von Interesse, weshalb er sich erkundigt, ob darüber nachgedacht wurde eine Art Schutzkonzept zu erstellen. Er erkundigt sich was im Falle eines Brandes oder des Abbruches eines Flügels einer WEA mit der Umwelt passiert, ob die hiesigen Feuerwehren in der Lage wären zu helfen und ob diese bei den Planungen einbezogen werden.

Herr Bernd Bormann erklärt, dass solche Fragen nicht von der Gemeinde zu beantworten sind, da diese im Genehmigungsverfahren geklärt werden. Dieses läuft zwischen dem Landkreis und dem jeweiligen Betreiber, da es sich um ein Immissionsschutzrechtliches Verfahren nach dem BImSchG handelt.

Herr Stelter richtet sich mit der Information an Bürgermeister Michael Albers, dass vor einigen Jahren während einer Sitzung in der Sporthalle die Überlegung bestand den B-Plan anzupassen und auch das Thema Höhenbegrenzung beraten wurde. Er hinterfragt, warum dies heute nicht mehr Thema sei.

Daraufhin erklärt Bürgermeister Michael Albers, er könne sich nicht vorstellen, dass damals eine Höhenbegrenzung Thema gewesen sei, da diese rechtlich nicht in einem B-Plan festgelegt werden kann. Der Rat hat sich beraten lassen und Gedanken darüber gemacht, was mit dem bestehen B-Plan passieren soll und kam zu der Entscheidung, dass eine Aufhebung die beste Möglichkeit sei.

Ergänzend führt Herr Bernd Bormann aus, dass anfangs die Überlegung bestand den B-Plan zu ändern und den F-Plan der Samtgemeinde anzupassen. Die Festlegung einer Höhenbegrenzung ist jedoch ausgeschlossen, was den Rat dazu bewogen hat den B-Plan aufzuheben. Zusätzlich fügt er hinzu, dass ein repowering der alten Anlagen auf Grundlage des noch bestehenden B-Planes nicht möglich wäre.

Bürgermeister Michael Albers verdeutlicht, dass sich der Rat nach dem geltenden Recht richten muss, welches eine Höhenbegrenzung nicht erlaubt. Im Falle der Festlegung einer

Höhenbegrenzung im B-Plan könnte ein finanzieller Schaden entstehen, wenn ein Betreiber Klage gegen den B-Plan erheben würde.

Herr Buck äußert, dass die rechtlichen Regelungen zu Unverständnis führen. Ihm ist unklar wie es sein kann, dass die Politik den Gemeinden ihre Freiheiten aus der Hand nimmt. Da in der Gemeinde bereits viele Flächen für erneuerbare Energien ausgewiesen werden fragt Herr Buck, ob es Höchstgrenzen gibt, bis zu welcher eine Gemeinde solche Flächen vorhalten kann/darf. Er regt ein gleichwertiges Verhältnis zu anderen Gemeinden an.

Maximalgrenzen gibt es nicht, erklärt Bürgermeister Michael Albers und ergänzt, dass die Politik nicht alles begrenzt. Die Gemeinde hat die Möglichkeit gewisse Dinge in einem Städtebaulichen Vertrag mit dem Betreiber der WEA zu vereinbaren und macht von dieser auch gebrauch.

Bürgermeister Michael Albers bedankt sich zudem nochmal für das gute Gespräch bei der Unterschriftenübergabe und erinnert an das Angebot ein Gespräch mit anderen Ebenen, wie z.B. auf Ebene der Landes- und Bundespolitik zu führen, um ggf. mitgestalten zu können.

Herr Bernd Bormann erklärt, dass sich die Planungen zum Thema Windkraft in den letzten Jahren deutlich verändert haben. Das Baugesetzbuch (BauGB) erlaubte seinerzeit die Errichtung von WEA nur im Außenbereich. Um das Gebiet der potenziellen Flächen zu erweitern wurde nach Veröffentlichung eines Standortkonzeptes der Flächennutzungsplan von der Samtgemeinde im Jahr 2022 entsprechend angepasst.

Seit dem Beginn des Ukrainekrieges schreibt der Landesgesetzgeber dem Landkreis vor, wie viele Flächen dieser für Windkraft zu Verfügung stellen sollte. Aufgrund der Beschaffenheiten der einzelnen Gemeinden ist eine gleichartige Verteilung nicht möglich. Da die Gemeinde Martfeld über diverse Potenzialflächen verfügt, möchte diese ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Der Rat entscheidet mit dem heutigen Beschluss, ob der aktuelle B-Plan aufgehoben wird. Mit den Betreibern können Einzelheiten über den Städtebaulichen Vertrag geregelt werden.

Herr Reimann aus Martfeld fragt, wie die Anwohner geschützt werden, wenn während des Baues der WEA Schäden an den eigenen Gebäuden entstehen und erkundigt sich was passiert, wenn nicht klar ist welcher der zwei Projektierer diesen verursacht hat.

Herr Bernd Bormann erklärt daraufhin, dass Schäden im Bezug auf Lärm oder Schattenschlag durch das BImSchG geregelt werden. Grundsätzlich sind die WEA so gebaut, wie es das BImSchG vorschreibt. Sofern eine Kausalität zwischen einem Schaden am Wohngebäude und der Errichtung der WEA nachgewiesen werden kann handelt es sich um eine privatrechtliche Angelegenheit auf Grundlage des BGBs. Demnach müsste Schadensersatz gegen den Projektierer geltend gemacht werden. Er verdeutlicht, dass die Gemeinde auf solche Angelegenheiten keinen Einfluss hat.

Auf Nachfrage von Frau Meyer, wie groß die Schäden im Gesundheitsbereich u.a. durch den verursachten Infraschall durch die WEA sind, erklärt Bürgermeister Michael Albers, dass diese im Genehmigungsverfahren geklärt werden. Dieses läuft über den Landkreis Diepholz.

Herr Lackmann erzählt aus nicht sicherer Quelle gehört zu haben, dass durch den Brand einer WEA Schadstoffe auf umliegende Flächen gelangt und diese anschließend stillgelegt worden sind. Er erkundigt sich nach der Möglichkeit im Städtebaulichen Vertrag Versicherungen für solche Fälle festzulegen.

Herr Bernd Bormann erklärt, dass solche Versicherungen nicht im Städtebaulichen Vertrag festgelegt werden können.

Frau Wischhöfer vermutet, dass in den nächsten Jahren weitere noch höhere Anlagen errichtet werden und fragt, ob auch an das Ortsbild gedacht wird.

Daraufhin verdeutlicht Herr Bernd Bormann erneut, dass eine Höhenbegrenzung nicht möglich sei. Die Samtgemeinde sowie der Rat der Gemeinde Martfeld wollen für die Bürger da sein, können es jedoch nur im Rahmen des geltenden Rechts. Sofern die Möglichkeit einer Begrenzung bestünde, wäre diese bereits in Anspruch genommen worden.

Ergänzend fragt Frau Wischhöfer, wie es möglich sein kann, dass in anderen Gemeinden kleinere WEA stehen.

Bürgermeister Michael Albers erklärt, dass der Rat darauf keinen Einfluss hat. Es könnte möglich sein, dass die Verpächter eine Maximalhöhe als Voraussetzung zur Verpachtung der Fläche ausgehandelt haben. Zudem sei es möglich, in Vereinbarung mit dem Projektierer im Städtebaulichen Vertrag eine Maximalhöhe festzulegen, welches der ausdrücklichen Zustimmung des Projektierers bedarf.

Auf Rückfrage von Herrn Buck wo die Höhenbegrenzung sowie die Änderung und Ergänzung des B-Planes gefordert wurde, erklärt Bürgermeister Michael Albers, diese von der Bürgerinitiative u.a. über die Unterschriftensammlung gefordert wurden.

Herr Buck fragt, ob die Möglichkeit besteht einen neuen B-Plan aufzustellen, um mehr Spielraum zu schaffen.

Herr Bernd Bormann erklärt, dass dies möglich wäre, jedoch keinen Sinn macht. Aktuell geht es darum die bestehenden 8 WEA abzubauen und dafür auf der gleichen Fläche 3 neue zu errichten. Um dies zu ermöglichen muss der bestehende B-Plan aufgehoben werden.

Zudem führt Herr Bernd Bormann aus, sich ein Gespräch zwischen der Bürgerinitiative und der Verwaltung gewünscht zu haben. Er bedauert, dass kein gemeinsamer Weg gefunden wurde, welcher die Forderungen und das geltende Recht vereinen.

Herr Harald Bormann möchte an das Standortkonzept erinnern. Die Gemeinde hat dieses erstellen lassen um einen Verhandlungsspielraum herbeizuführen. Ohne einen B-Plan besteht seiner Meinung nach die Gefahr den Projektierern zu viel Spielraum zu überlassen. Er berichtet, dass seitens der Bürgerinitiative Gespräche mit dem Rat ersucht wurden.

Herr Bernd Bormann möchte darauf aufmerksam machen, dass auch positive Erfolge erzielt worden sind. Über den Städtebaulichen Vertrag wurde unter anderem eine Maximalhöhe von 250m sowie die dreifache Höhe der Anlage als Abstand zu Wohngebäuden ausgehandelt. Der Gesetzgeber schreibt lediglich die zweifache Höhe als Abstand vor. Es wurde versucht das Bestmögliche für die Bürger auszuhandeln.

Frau Wischhöfer erklärt, dass Gespräche mit Bürgermeister Michael Albers geführt wurden und dieser für die Bürger erster Ansprechpartner ist, weshalb die Verwaltung nicht miteinbezogen wurde. Die Anfrage auf Einsicht in ein Schatten- und Lärmgutachten wurde den Bürgern verwehrt.

Die Gutachten können laut Herrn Bernd Bormann erst eingesehen werden, wenn der Landkreis das BImSch-Verfahren als öffentliches Verfahren frei gibt. Die WEA werden so gebaut und betrieben wie es das BImSchG vorschreibt, sodass grundsätzlich keine Lärmbelästigungen auftreten sollten.

Herr Tolkstorf fragt, ob bereits feststeht, dass es eine Akzeptanzabgabe geben wird.

Daraufhin erklärt Herr Bernd Bormann, dass die Betreiber angekündigt haben, entsprechende Verträge vorzulegen.

Punkt 4.2:

Bäume am Dickensweg

Eine Bürgerin interessiert sich für das Baugebiet Verdener Straße / Dickensweg. Am Dickensweg stehen mehrere große Eichen, welche im Falle eines Verkaufes der Flächen vom Eigentümer entnommen werden könnten. Sie fragt, ob es eine Möglichkeit gäbe die Bäume zu erhalten, da diese bereits sehr alt und schützenswert sind.

Bürgermeister Michael Albers erklärt, dass die Angelegenheit bereits mit dem derzeitigen Eigentümer sowie dem Landkreis besprochen wurde. Es besteht Einigkeit die Bäume zu erhalten. Er ergänzt, dass in der Nähe bereits ein großer, alter Baum zum Naturdenkmal erklärt wurde und die Überlegung besteht die großen Eichen auch auf diesem Wege zu schützen.

Punkt 4.3:

Baumfällarbeiten

Herr Tolkstorf merkt an, dass derzeit diverse Bäume entlang der Landesstraße zwischen Martfeld und Bruchhausen-Vilsen gefällt werden und erkundigt sich, ob seitens der Straßenmeisterei Neuanpflanzungen geplant sind.

Bürgermeister Michael Albers kann die Frage nicht beantworten und bittet die Verwaltung um Rückfrage bei der Straßenmeisterei.

Anmerkung zum Protokoll:

Auf Nachfrage bei der Straßenmeisterei wurde mitgeteilt, dass jedes Jahr Neupflanzungen vorgenommen werden um Baumlücken an den Bundes- und Landesstraßen zu schließen. An der zuvor angesprochenen Landesstraße sind derzeit jedoch keine Neupflanzungen geplant.

Punkt 5:

Satzung über die Aufhebung des B-Plans Nr. 16 (70/23) "Sondergebiet Windenergieanlagen - Neue Weide"

a) Beschluss über die Stellungnahmen gem. § 4(2) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit

b) Satzungsbeschluss

Vorlage: Ma-0045/24

Herr Bormann stellt fest, dass viele Punkte bereits mehrfach besprochen worden.

Im Bezug auf die öffentliche Auslegung der Satzung berichtet Herr Bormann, dass mehrere Beteiligungen von Trägern öffentlicher Belange eingegangen sind, welche jedoch nicht von Belangen sind. Zudem seien 11 Einwendungen von Privatpersonen eingegangen. Die Stellungnahmen sowie Abwägungen sind öffentlich einsehbar.

Bürgermeister Michael Albers trägt die Beschlussvorlage vor und bittet den Rat, auf Anraten von Herrn Bormann über die Beschlussvorschläge a) und b) gesondert abzustimmen.

a) Es werden die Beschlussempfehlungen zu den innerhalb der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der parallel durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Beschlussvorlage beschlossen.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

b) Es wird der Satzungsbeschluss für die Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 16 (70/23) „Sondergebiet Windenergieanlagen – Neue Weide“ mit Begründung gem. § 10 BauGB gefasst. Der Geltungsbereich der Aufhebungssatzung liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 6:

Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2024

Vorlage: Ma-0042/23

Bürgermeister Michael Albers erklärt, dass die Gemeinde Martfeld einen Haushalt vorweist, welcher nicht jubeln lässt, dennoch gefestigt ist. Große „Spielereien“ werden nicht möglich sein, trotz der sparsamen letzten Jahre.

Herr Homfeld stellt die als Anlage beigefügte Präsentation „Eckdaten Haushaltsplan 2024“ vor.

Anschließend bedankt sich Bürgermeister Michael Albers für die Vorstellung und ergänzt, dass sich die Einnahmen durch den Verkauf der Gewerbefläche an der Holzmaase erhöhen können. Folglich fragt er den Rat, ob noch Anträge zur Änderung des Haushaltes vorliegen.

Herr Radtke stellt die Anträge der SPD-Fraktion vor.

- a) Konzepterstellung zur Verkehrssicherheit bzw. Schulwegsicherung; 20.000 €.
- b) Erweiterung der Straßenbeleuchtung an 3 Standorten; 10.000 €.
 Kleinenborstel - nahe der Tierarztpraxis
 Tuschendorf – Auf dem Lande
 Schulweg/Kitaweg
- c) Errichtung eines WLAN-Punktes im Ortskern; 5.000 €.

Herr Söffker sowie Herr Sturhan tragen die Anträge der Grünen-Fraktion vor.

- d) Beitritt zur Forstbetriebsgemeinschaft Forstverband der Grafschaften Hoya und Diepholz; 1.000,00 €
- e) Kauf einer GNSS-Antenne FGS Lite Plus zur Bestimmung von Flächengrenzen durch Messung geographischer Koordinaten; 5.000 €
- f) Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ (Tempo 30)

Herr Tobeck berichtet, dass Seitens der ULM-Fraktion keine Anträge zum Haushalt vorliegen. Jeder Antrag verursacht weitere Kosten für die Gemeinde Martfeld. Zunächst sollte eine verlässliche Einnahmensituation geschaffen werden, um anschließend sinnvolle Ausgaben tätigen zu können. Dennoch weißt die Gemeinde Martfeld grundsätzlich einen soliden Haushalt vor, welcher jedoch wenig Spielraum lässt. Das Steueraufkommen ist enorm, genauso enorm ist aber auch wie viele dieser Mittel wieder abfließen.

Die ULM-Fraktion stimmt dem Haushalt in Gänze zu, steht den Anträgen jedoch kritisch gegenüber.

Ein Konzept zur Verkehrssicherheit für 20.000 € ist bei einem 2.800 Einwohnerdorf nicht erforderlich. Mit zusätzlichen Beleuchtungsquellen sollte sich der Rat lediglich auf Schul- oder Kitawegen befassen. Die Bereitstellung von öffentlichem WLAN ist kein Thema mehr in der aktuellen Zeit. Der Beitritt zur Forstbetriebsgemeinschaft ist eine gute Idee. Die Diskussion bezüglich der GNSS-Antenne besteht bereits seit längerem, jedoch ist die Anschaffung nicht zwingend notwendig. Den Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte“ unterstützt die ULM-Fraktion nicht.

Auf Rückfrage teilt Bürgermeister Michael Albers mit, dass Mittel für Markierungsarbeiten an Fußwegquerungen bereits veranschlagt sind.

Frau Hruby führt die Anregungen der CDU-Fraktion zum Haushalt aus. Der Entwurf des Haushaltsplanes verdeutlicht einen gut aufgestellten Haushalt der Gemeinde. Die erhöhte Steuerkraft ist zunächst positiv, jedoch sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass diese in den nächsten Jahren zu höheren Umlagen führen wird. Es sollte daher versucht werden auf unnötige Ausgaben zu verzichten. Die CDU-Fraktion schließt sich dem Entwurf des Haushaltsplans an und äußert sich zu den Anträgen wie folgt.

Dem Konzept zur Verkehrssicherheit wird nicht zugestimmt, da nach der Konzepterstellung oftmals weitere erhöhte Kosten für die Umsetzung erforderlich werden. Nach der Errichtung von WLAN-Punkten entstehen vermutlich weitere Wartungs- und Folgekosten, weshalb auch dieser Antrag keine Zustimmung findet. Bereits jetzt verzeichnet die Gemeinde erhöhte Stromkosten für die Straßenbeleuchtung und zudem bestehen derzeit Mehrkosten durch die

Umstellung dieser auf LED, weshalb nicht noch weitere Beleuchtungsanlagen errichtet werden sollten. Da sich lange Zeit kaum um die Wälder gekümmert wurde, ist der Beitritt zur Forstbetriebsgemeinschaft eine gute, kostengünstige und nachhaltige Möglichkeit diesen mehr Aufmerksamkeit zu geben. Die Initiative Tempo 30 kann in Teilen vorteilhaft sein, jedoch nicht überall. Die Anschaffung der GNSS-Antenne ist eine gute Sache, jedoch sollte diese auf die Folgejahre verschoben werden.

Frau Plate teilt die Meinung der Grünen-Fraktion zu den Anträgen mit.

Der Antrag zum WLAN findet keine Zustimmung, da die Anschaffung nichtmehr zeitgemäß ist. Zusätzliche Beleuchtungsanlagen kommen nur für Schulwege bzw. Wege zum Kindergarten in Frage. Im Bezug auf das Verkehrssicherungskonzept könnten sich die Grünen vorstellen 5.000 € für mögliche Maßnahmen zur Verkehrssicherung und einen Betrag zur fachlichen Beratung in den Haushalt aufzunehmen. 20.000 € für die Erstellung eines Konzeptes werden jedoch abgelehnt.

Des Weiteren führt Frau Plate zum Gesamthaushalt aus, dass jedes Jahr wieder festzustellen ist, dass der Gestaltungs- und Handlungsspielraum eingeschränkt ist, da der Großteil der Mittel an übergeordnete Instanzen weitergeleitet wird. Dennoch ist zu beachten, dass die Mittel gut angelegt sind, da die Gemeinde u.a. von den Investitionen der Samtgemeinde profitiert. Die Menschen in Martfeld profitieren von einer guten Infrastruktur, bezahlbarem Wohnraum sowie von Kindergärten und einer Schule. Nicht alles ist machbar, jedoch wurden in den letzten Jahren viele positive Erfolge erzielt. Die Vergabe eines Stipendiums, die Gestaltung der Spielplätze, der Förderung des Hallenbades sowie der Anschaffung eines Verkehrssmileys.

Abschließend richtet Frau Plate einen Dank an die Verwaltung und den Rat für die gute Zusammenarbeit.

Folglich nimmt Herr Radtke für die SPD-Fraktion Stellung zum Gesamthaushalt. Ein großer Dank gebührt der Verwaltung für die gute Vorbereitung der Haushaltszahlen. Gerade in einer Zeit mit vielen Veränderungen sei ein gut aufgestellter Haushalt enorm wichtig. Der Haushaltsplan 2024 bildet ein gutes Fundament, welches zeigt, dass mit dem Geld der Bürger sorgfältig umgegangen wird. Die Steuerkraft hat sich grob eingependelt, jedoch wäre es wünschenswert, wenn das Niveau wieder steigen sollte. Auch wenn es „weh tut“, ist es richtig Geld an die Samtgemeinde weiterzuleiten, da die Gemeinde Martfeld durch Kindergärten und Co. von den Geldern profitiert. Es müssen weiterhin Gelder zur Verfügung stehen um die Gemeinde lebenswert zu gestalten. Es gibt immer wieder neue Ideen um dieses Ziel aufrechtzuerhalten. Über weitere Straßenlaternen wird bereits beraten. Durch das Stipendium wurde ein erster Schritt in Richtung ärztliche Versorgung gemacht. Wichtige Themen sind zudem die Jugendarbeit, Kultur sowie die Spielplätze, welche Treffpunkt für Familien sein sollen. Wichtig sei zudem der Erhalt des Hallenbades.

Es werden auch im Haushaltsjahr 2024 weiter viele Diskussionen geführt werden, jedoch immer mit dem Ziel einer zukunftsweisen Entwicklung der Gemeinde. Die Gemeinde Martfeld ist nicht reich an Geld, jedoch reich an ehrenamtlichen Unterstützern. Die SPD-Fraktion unterstützt die Anträge der Grünen.

Bürgermeister Michael Albers bittet um Abstimmung.

Anträge:

- a) Bereitstellung von 20.000 € zur Erstellung eines Konzeptes zur Verkehrssicherheit bzw. Schulwegsicherung.

Ja: 3 Nein: 8 Enthaltungen: 0

- b) Erhöhung des Ansatzes auf I04-5450SB in Höhe von 4.000 € für die Errichtung einer Beleuchtungsanlage zur Schulwegsicherung.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

- c) Bereitstellung von 5.000 € zur Errichtung eines WLAN-Punktes im Ortszentrum.

Ja: 3 Nein: 8 Enthaltungen: 0

- d) Für den Beitritt zur Forstbetriebsgemeinschaft Forstverband der Grafschaften Hoya und Diepholz wird der Ansatz bei 1111.44290001 um 1.000 € erhöht.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

- e) Für den Erwerb einer GNSS-Antenne FGS Lite Plus werden Mittel in Höhe von 5.000 € unter I04-5410BG bereitgestellt.

Ja: 7 Nein: 3 Enthaltungen: 1

- f) Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ (Tempo 30)

Ja: 6 Nein: 4 Enthaltungen: 1

Die Haushaltssatzung, das Investitionsprogramm und der Stellenplan des Haushaltsjahres 2024 werden in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der sich aus den Beratungen ergebenden Änderungen (b, d, e und f) beschlossen.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 7: **Mitteilungen der Verwaltung**

Punkt 7.1: **Kriterien Freiflächen-Photovoltaik**

Herr Bormann teilt mit, dass der Samtgemeinderat zwischenzeitlich die gleichen Kriterien für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, mit der Ausnahme eines Kriteriums beschlossen hat.

Die Samtgemeinde hat das Kriterium der 10%igen Begrünung der Vorhabenfläche rausgenommen, da es sich um eine Festsetzung im B-Plan Verfahren handelt und daher nicht in den Zuständigkeitsbereich der Samtgemeinde fällt.

Punkt 7.2:

Planungen Windpark Neue Weide

Herr Bormann berichtet, dass in den letzten Sitzungen oft darauf hingewiesen wurde, die Bürger würden an den WEA partizipieren. Die Betreiber teilten nun mit, dass Rund 2,25 Mio. Euro für Bürgerbeteiligungen geplant sind. Es soll die Möglichkeit bestehen sich mit einer Anlage ab 500 € zu 6-7 % Zinsen an den WEA zu beteiligen.

Des Weiteren bestand der Wunsch, dass die Ausgleichsmaßnahmen in der Gemeinde Martfeld vollzogen werden. Diesem wird vermutlich gefolgt. Die Betreiber haben sich Ausgleichsflächen in Loge gesichert.

Punkt 8:

Anfragen und Anregungen

Punkt 8.1:

Partnergemeinde La Bazoge

Bürgermeister Michael Albers teilt mit, dass eine Fahrt nach Frankreich in die Partnergemeinde La Bazoge geplant ist und ggf. noch Plätze frei wären.

Frau Plate erklärt, dass bereits alle freien Plätze vergeben sind.

Punkt 8.2:

Farbe/Lack Straßenquerungen

Eine Bürgerin erkundigt sich nach der Gesundheits- bzw. Umweltbelastung der roten Farbe, welche für Straßenmarkierungen verwendet wird. Sie regt an, dass diese sehr geruchsintensiv ist und ihrer Meinung nach nicht lange hält.

Bürgermeister Michael Albers teilt mit, zu hinterfragen, ob die Markierungsfarbe gesundheits- oder auch umweltschädlich ist.

Punkt 9:
Einwohnerfragestunde

Punkt 9.1:
Fragen zum Haushalt

Herr Stelter ist überrascht von dem erhöhten Ansatz für Grundstückserwerbe und fragt, ob ein weiteres Gewerbegebiet geplant ist. Zudem erkundigt er sich, welche Kosten für die Herrichtung von Blühwiesen entstehen.

Herr Bernd Bormann teilt mit, dass die Fläche für das Gewerbegebiet Holzmaase erweitert werden soll. Mittel für Blühwiesen sind im allgemeinen Ansatz für die Grünpflege veranschlagt.

Bürgermeister Michael Albers regt an, dass Anfragen zum Haushalt schriftlich mit Nachweis an die Verwaltung gesendet werden können.

Her Tolkstorf begrüßt die Anschaffung der GNSS-Antenne. Für die kommenden Jahre wünscht er eine erhöhte Bereitstellung von Mitteln für die Grünpflege, um Ausgleiche zu den WEA zu schaffen.

Daraufhin erklärt Bürgermeister Michael Albers, dass sobald Gelder aus der Akzeptanzabgabe eingehen diese entsprechend verausgabt werden sollen.

Punkt 9.2:
Fragesteller/-innen während der Einwohnerfragestunde

Eine anwesende Einwohnerin hinterfragt den Begriff „Einwohnerfragestunde“. Dürfen Einwohner der Gemeinde Martfeld auch in Sitzungen anderer Gemeinden Fragen während der Einwohnerfragestunde stellen?

Bürgermeister Michael Albers erklärt, dass wie es der Wortlaut bereits besagt, lediglich Einwohnerinnen und Einwohner Fragen stellen dürfen.

Anmerkung zum Protokoll:

Gemäß § 62 Abs. 1 und 3 NKomVG kann während einer öffentlichen Sitzung Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglicht werden Fragen zu stellen. Einzelheiten können über die Geschäftsordnung geregelt werden.

In § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Gemeinde Martfeld wird verdeutlicht, dass lediglich Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Martfeld ermöglicht werden kann Fragen zu stellen.

Punkt 9.3:
Gewerbegebiet Holzmaase

Herr Schwarz fragt, von welchem Gewerbegebiet während der Sitzung die Rede war. Handelt es sich um die Flächen Richtung Beppen?

Bürgermeister Michael Albers bestätigt, dass es sich um die Flächen bei der Holzmaase Richtung Beppen handelt.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Michael Albers bei den Anwesenden für den ruhigen und konstruktiven Austausch und schließt die Sitzung.

Der Bürgermeister

Der Gemeindedirektor

Die Protokollführerin